

Kuntze, Oscar-Erich

Article

Finnland - Konjunkturelle Erholung nach scharfem Abschwung

ifo Schnelldienst

Provided in Cooperation with:

Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Kuntze, Oscar-Erich (2002) : Finnland - Konjunkturelle Erholung nach scharfem Abschwung, ifo Schnelldienst, ISSN 0018-974X, ifo Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München, München, Vol. 55, Iss. 05, pp. 47-53

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/163760>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Finnland: Konjunkturelle Erholung nach scharfem Abschwung

Nach langen Boomjahren tendenzielle Stagnation im Jahre 2001. Konjunkturelle Erholung 2002. Festigung des Aufschwungs 2003. Wirtschaftspolitik wirkt heuer stimulierend. Finanzpolitik geht 2003 wieder stärker auf Konsolidierungskurs. Vorübergehende Verschlechterung der Arbeitsmarktlage, aber Verlängerung der Lebensarbeitszeit. Mäßiger Preisauftrieb. Nach wie vor hohe Überschüsse der Leistungsbilanz.

Herausragende Themen im **politischen und sozialen Umfeld** sind die Reichstagswahlen im März 2003, die Erneuerung des Sozialpakts 2001/2002, die Entscheidung über den Bau eines neuen Atomkraftwerks sowie die Frage der Neutralität.

Im Vorfeld der **Parlamentswahlen 2003** beginnen die innerparteilichen Vorentscheidungen. Das gilt in erster Linie für die derzeit größte Oppositionspartei, das immer noch weitgehend agrarisch geprägte Zentrum. Auf dem Parteitag im Juni wird der bisherige Vorsitzende Aho nicht mehr kandidieren; er war Anfang der neunziger Jahre Ministerpräsident, steuerte das Land durch die wohl schwerste Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit und legte die Basis für den seitherigen Aufschwung. Aussichtsreichste Kandidatin für den Vorsitz ist seine, in der Partei durchaus populäre Stellvertreterin Jäätteenmäki. Sollte sie gewählt werden, würde das wohl eine stärkere Orientierung nach links bedeuten, wodurch die Distanz zu den regierenden Sozialdemokraten verringert würde. Deren seit 1993 amtierender Vorsitzender und derzeitiger Regierungschef Lipponen hat bereits Interesse an einer weiteren Amtsperiode bekundet. Er steht damit in Konkurrenz zu seinem Außenminister Tuomioja, der, eher euroskeptisch, den linken Flügel der Partei hinter sich hat und für die Stärkung des Wohlfahrtsstaats eintritt, während Lipponen von der Mitte und dem Parteiestablishment gestützt wird. Letzterer hat jedoch gute Chancen, auf dem Parteitag im Juni als Parteichef bestätigt zu werden. Denn der kann, dann auch unterstützt vom konjunkturellen Aufwind, eine respektable Bilanz seiner Regierungsarbeit präsentieren. Immerhin hat er im Frühjahr 2003 zwei aufeinander folgende Legislaturperioden durchgestanden – was für finnische Verhältnisse eine

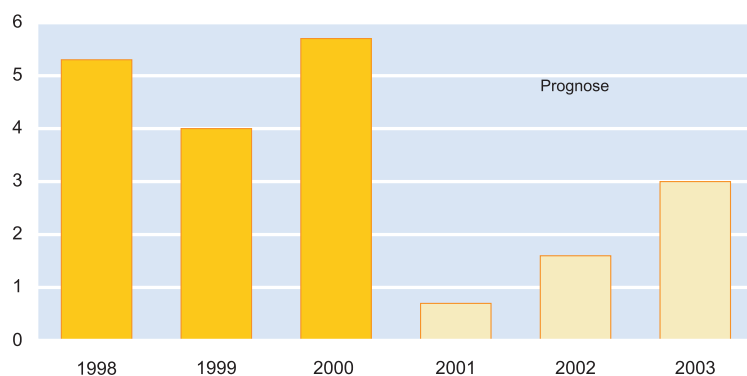
ganz ungewöhnliche Kontinuität bedeutet –, und das auch noch an der Spitze einer »Regenbogenkoalition« aus Sozialdemokraten, Konservativen, Linkspartei, Grünen und Schwedischer Volkspartei.

Dieses sehr heterogene Regierungsbündnis war nicht leicht über die diversen Klippen hinwegzusteuern. Dazu gehörte der jahrelange und im ganzen Lande heftig geführte Streit um den Bau eines fünften **Kernkraftwerks**, um den weiter steigenden Bedarf an Elektrizität zu decken und die Versorgungssicherheit nicht durch weiter zunehmende Stromimporte zu gefährden; die bestehenden vier Reaktoren liefern zusammen etwa ein Drittel der Elektrizität, rund 15% werden importiert. Anfang 2002 hat sich die Regierung schließlich zu einem positiven Beschluss durchgerungen, zumal mittlerweile auch etwas mehr als die Hälfte der Bevölkerung einem Bau zustimmt.

Lipponen tritt, anders als seine skandinavischen Kollegen, für eine **föderal geprägte Verfassung der EU** ein. Zudem glaubt er mit einer Stärkung der EU-Institutionen die Einflussmöglichkeiten der klei-

Reales Bruttoinlandsprodukt

Veränderungsrate in %



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

neren EU-Mitglieder besser gewahrt als durch zwischenstaatliche Zusammenarbeit. Als diese nach den Terroranschlägen vom 11. September zwischen den großen Ländern stark intensiviert wurde, trat er – assistiert von der österreichischen Regierung – als scharfer Kritiker auf und warnte vor einem „Direktorat der Großen“. Damit gewann er zusätzliches außen- und europapolitisches Profil. Die von ihm seit langem, und von Finnland seit seiner Staatsgründung 1917, geforderte Stärkung der »nördlichen Dimension« stößt in den anderen skandinavischen Ländern noch immer nicht auf entsprechende Gegenliebe. In der schon seit längerem lebhaft geführten **Debatte über die Sicherheitspolitik** lotet der Ministerpräsident die Möglichkeiten eines NATO-Beitritts oder einer »weichen« militärischen Kooperation mit dieser weiter aus, zumal nach den Anschlägen die Zustimmung in der Bevölkerung gewachsen ist, wenn auch die Gegner immer noch überwiegen. Weniger umstritten ist eine zunehmende sicherheitspolitische Verankerung in der EU.

Als kritischsten Punkt der Regierungsarbeit vor den nächsten Wahlen dürfte sich die Erstellung des **Staatshaushalts 2003** erweisen, bzw. der Umfang sowie die Verteilung weiterer Steuererleichterungen. Doch ist kaum zu erwarten, dass die Koalitionsparteien mit einem Scheitern der Beratungen Schatten auf ihre Regierungskompetenz werfen wollen. Zumal für die Jahre **2003/2004 ein neuer Sozialkontrakt** mit Gewerkschaften und Arbeitgeberorganisationen ausgehandelt werden soll. Dessen Gelingen wird wesentlich von Steuererleichterungen abhängen – als Gegenleistung für Lohnzurückhaltung der Gewerkschaften. Allerdings sind Wille und Fähigkeit zum Konsens in wichtigen gesellschaftlichen Fragen ungebrochen. Das zeigte sich bei der Ende 2001 zwischen Regierung und Sozialpartnern ausgehandelten de-facto-**Anhebung der Pensionsgrenze** (auf durchschnittlich 63 Jahre bis 2005, nach bisher meist 59 Jahren) für die Beschäftigten der Privatwirtschaft.

Die **Wirtschaftspolitik** bleibt zwar nur bis Ende 2002 kalkulierbar. Aber es ist anzunehmen, dass die erfolgreiche Stabilitäts- und konsolidierungspolitische Linie grundsätzlich auch in den Jahren ab 2003 fortgesetzt wird. Mittel- und längerfristig ist eine Verringerung der im westeuropäischen Vergleich weit überdurchschnittlich hohen Steuer- und Abgabenquote zu erwarten. Auch im Budget 2003 wird sich einiges davon finden, zumal gerade auch von den Mitgliedern des größten Koalitionspartners, den Sozialdemokraten, die während der letzten Jahre gewachsenen Einkommensunterschiede als mit den finnischen Vorstellungen von sozialer Kohärenz nicht vereinbar energisch moniert werden.

Wirtschaftsentwicklung 2001

Die **weltwirtschaftlichen Rahmendaten** stellten sich wie folgt dar: In den **Vereinigten Staaten** erhöhte sich das reale Brut-

toinlandsprodukt um rund 1¹/₄%. In **Japan** gingen Nachfrage und Produktion um etwa 1¹/₂% zurück. In **Mitteleuropa** expandierte die gesamtwirtschaftliche Erzeugung um knapp 2¹/₂%. In **Westeuropa** nahm das reale Bruttoinlandsprodukt um fast 1³/₄% zu; in der EU und im Euro-Raum stieg es in annähernd gleichem Maße und in Deutschland um rund 1¹/₂%. Der Einfuhrpreis für **Rohöl** betrug in den westlichen Industrieländern im Jahresdurchschnitt fast 25 US-Dollar pro Barrel; das sind 12% weniger als im Vorjahr. **Industrierohstoffe** (ohne Öl) verbilligten sich gegenüber dem Jahre 2000 auf Dollar-Basis um ungefähr 10%. Der **Wechselkurs des Euro** betrug im Schnitt des Jahres 0,90 US-Dollar. 2000 waren es 0,92 US-Dollar. Das Volumen des **Welthandels** hat gegenüber 2000 fast stagniert.

Die **finnische Wirtschaft** erlebte nach den langen Boomjahren eine sehr rasche und harte Landung der Konjunktur, obwohl die Wirtschaftspolitik nicht mehr restriktiv wirkte. Nachfrage und Produktion haben im Verlauf des Jahres tendenziell stagniert, d.h. einer Stagnation im ersten Quartal folgte ein Rückgang im zweiten, sowie ein Wiederanstieg im dritten Vierteljahr; die amtlichen Zahlen sind allerdings mit Vorbehalt zu betrachten, da sie erfahrungsgemäß nach einiger Zeit beträchtlich revidiert werden. Das letzte Quartal dürfte nochmals eine annähernde Stagnation gebracht haben. Das **reale Bruttoinlandsprodukt** hat um knapp 3¹/₄% zugenommen, nach 5,7% im Jahre 2000. Als entscheidend bremsender Faktor erwies sich die ausgeprägte Rezession des Exports, bedingt durch die Flaute der Weltkonjunktur im Allgemeinen und die weltweite Absatzkrise des IT-Sektors im Besonderen. Dieser hatte in Finnland seit Mitte der neunziger Jahre enorm expandiert, mit dem Nokia-Konzern als Fokus. Allein dieses Unternehmen erarbeitete im Jahre 2000 5% des realen BIP, trug 1,9 Prozentpunkte zum Wirtschaftswachstum bei, stellte volumenmäßig 32% der Warenausfuhr, tätigte etwa 45% aller von Privatunternehmen erbrachten Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen und gab 5% aller Industriebeschäftigten Arbeit. Der Firmenumsatz entsprach etwa dem Umfang des Staatshaushalts. Das in einem künftig stark volatilen Sektor tätige Unternehmen ist für das Land zu groß geworden und könnte in den Abschwungsphasen seiner Branchenkonjunktur ein Risiko für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung zumal dann darstellen, wenn es im internationalen Wettbewerb zurückfällt. Die Bruttoanlageinvestitionen nahmen stark verlangsamt zu, während der private Konsum mäßig an Schwung verlor und der Staatsverbrauch sogar zulegte. Die Arbeitslosenquote ist auf rund 9,1% (2000: 9,8%) gesunken. Der Preisauftrieb war fast so lebhaft wie im Jahr zuvor. Die Leistungsbilanz wies erneut ein hohes Aktivum aus.

Die **Ausfuhr** von Gütern und Dienstleistungen ist vermutlich um 3¹/₄% zurückgegangen, nach einem Plus von 18,1% im Vorjahr. Diese drastische Wende zum Schlechteren hatte ihre Ursachen in dem Wellental der internationalen Kon-

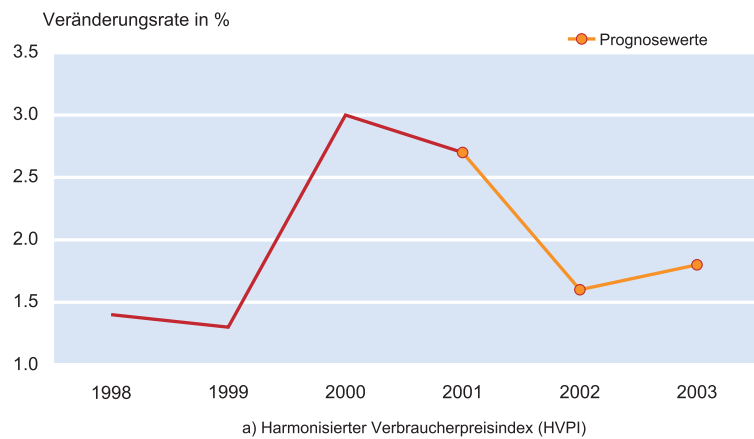
junktur im Allgemeinen, sowie in der weltweiten Krise des IT-Sektors im Besonderen. Auf diesen entfallen etwa ein Drittel des finnischen Warenexports. Ebenfalls eingebrochen, wenn auch deutlich weniger ausgeprägt, sind die mit rund einem Viertel anteilmäßig bedeutenden Lieferungen der Papier- und Zellstoffindustrie. Auch waren die Lohnstückkosten in Relation zu den wichtigsten Handelspartnern mit ca. 2¹/₄% kräftig gestiegen. Die **Einfuhr** verringerte sich infolge der abflauenden Binnenkonjunktur und des Exportrückgangs um etwa 3%. Bei verbesserten Terms of Trade schloss die **Leistungsbilanz** mit einem Überschuss in der Größenordnung von 6³/₄% des BIP.

Die **Bruttoanlageinvestitionen** expandierten nur noch um 3%. Dahinter steht eine im Verlauf des Jahres stark schwankende, insgesamt kaum noch aufwärts gerichtete Entwicklung. Der Wohnungsbau wurde trotz gesunkener Hypothekenzinsen spürbar eingeschränkt: Geringere öffentliche Förderung, der vorangegangene Boom, die schlechteren konjunkturellen Perspektiven sowie die Verknappung von Baugrund im Großraum Helsinki waren die wichtigsten Ursachen. Der gewerblich-industrielle Bau ging ebenfalls, aber nur wenig, zurück. Lediglich der öffentliche Bau wurde ausgeweitet. Die Entwicklung der Ausrüstungsinvestitionen wurde durch deutlich sinkende Kapazitätsauslastung (sie lag im vierten Quartal spürbar unter dem Schnitt der neunziger Jahre) sowie die erheblich verschlechterten Absatz- und Ertragsaussichten beeinträchtigt.

Der **private Konsum** (+ 2%) erwies sich auch hier als wichtige Stütze der Konjunktur. Er tendierte im Verlauf stetig aufwärts, obwohl die unvorhergesehene starke Verteuerung der Lebenshaltung die Kaufkraft der privaten Haushalte trotz Steuersenkungen und erhöhter Beschäftigung deutlich langsamer als im Vorjahr steigen ließ und die Sparquote aufwärts tendierte. Der **Staatsverbrauch** wurde um rund 1¹/₂% ausgeweitet.

Auf dem **Arbeitsmarkt** hat sich die Lage zwar im Verlauf des Jahres kaum noch verändert. Im Vergleich zum Vorjahr nahm die Beschäftigung jedoch um ca. 1¹/₂% zu (wie bisher hauptsächlich dank der kräftig zunehmenden Teilzeitbeschäftigung vornehmlich junger, gut ausgebildeter Kräfte), und die Arbeitslosigkeit sank. Die Arbeitslosenquote hat um etwa einen ³/₄ Prozentpunkt auf 9,1% im Jahresdurchschnitt abgenommen. Dabei blieb das Ungleichgewicht zwischen dem Großraum Helsinki und anderen Agglomerationen, wo vor allem Fachkräfte stark gesucht blieben, und den ländlichen sowie nördlichen Regionen mit ihrer sehr hohen strukturellen Arbeitslosigkeit sehr ausgeprägt.

Konsumentenpreise a)



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

Die **Konsumentenpreise** sind im ersten Halbjahr deutlich gestiegen. Preistreibend wirkte die in Europa ungünstige Witterung (Frischgemüse), die kräftige Verteuerung von Erdöl und Erdgas, die BSE- und MKS-Krisen, sowie die weitere Aufwertung des US-Dollar gegenüber dem Euro. Anschließend war das Preisniveau recht stabil. Im Vorfeld der Euro-Bargeldeinführung kam es kaum zu umstellungsbedingten Preiserhöhungen. Im Jahresdurchschnitt lagen die Verbraucherpreise um 2,7%, und damit mehr als im westeuropäischen Durchschnitt, über dem Niveau des Jahres 2000.

Wirtschaftspolitik

Von der Wirtschaftspolitik gehen heuer sowohl seitens der Geld- als auch der Finanzpolitik kräftige Impulse auf die Konjunktur aus. Zwar wird eine leichte Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar angenommen, doch ist der Dollar-Kurs auch dann noch günstig für die Exportwirtschaft. 2003 wirkt die Wirtschaftspolitik nur noch wenig anregend auf die Konjunktur.

Die Europäische Zentralbank (EZB) hatte ihren zuvor restriktiven **geldpolitischen Kurs** bereits im Mai 2001 gelockert, obwohl der durch massive Rohölverteuerung, Dollaraufwertung und die Tierseuchen BSE und MKS verursachte Preisschub noch nicht ausgelaufen war und die Ausweitung der Geldmenge M3 spürbar über der Zielgröße lag. Nach den Terroranschlägen vom 11. September in den USA wurde die monetäre Lockerung im Schulterschluss mit anderen Zentralbanken verstärkt fortgesetzt. Insgesamt hat die EZB ihren Leitzins in vier Schritten um 1,5 Prozentpunkte auf zuletzt (November 2001) 3,25% herabgesetzt. Die Zinssenkungen werden ihre konjunkturstimulierende Wirkung erst heuer voll entfalten. Mit Blick auf den jetzt 1,75% be-

tragenden und wohl nicht weiter sinkenden US-Schlüsselszins wäre sogar noch Spielraum für einen kleinen weiteren Zinsschritt nach unten gegeben. Dies umso mehr, als sich der Preisaufruf im Euro-Raum weiter beruhigen und die Teuerungsrate 2002 im Jahresmittel unter 2% – dem mittelfristigen Inflationsziel der EZB – sinken dürfte. Allerdings liegt die Kerninflationsrate im Euro-Raum nach wie vor spürbar über 2%. Auch ist die Geldmenge M3 bis zuletzt aus dem Ruder gelaufen. Mit 7,9% lag die Zuwachsrates (Vorjahresvergleich) im Januar 2002 weit über dem – auch für 2003 vorgegebenen – jahresdurchschnittlichen Referenzwert von 4,5%. Liquidität zur Finanzierung des Aufschwungs ist also reichlich vorhanden, selbst wenn die EZB ihren Leitzins nicht weiter zurücknimmt. Um die Jahreswende 2002/2003 ist daher bei in Gang gekommener Konjunktur die beginnende Straffung der monetären Zügel wahrscheinlich. Diese dürfte jedoch im Hinblick auf die Festigung des Euro-Wechselkurses gegenüber dem US-Dollar vorsichtig erfolgen. Die hieraus resultierenden bremsenden Wirkungen auf die Konjunktur sind nicht vor Herbst 2003 zu erwarten. Die EZB führte bis zuletzt in ihren monatlich wechselnden Begründungen für die laufenden Verfehlungen des Geldmengenziels stets Sonderfaktoren an und reagierte häufig mit Neudefinitionen von M3. Auf diese Weise ist jedoch das Vertrauen in den Euro nicht zu festigen. Und es drängt sich eine Änderung des monetären Referenzwerts, so man denn an einem solchen festhalten will, auf. Die **Euro-Bargeldeinführung** ging im Wesentlichen in nur drei Wochen und damit erheblich schneller vonstatten als angenommen. Sie bedeutet das endgültige Verschwinden der seit 1865 bestehenden Landeswährung Markka.

Die **Finanzpolitik** ist für 2002 expansiv konzipiert worden, um die Konjunktur zu stützen. Der Impuls – Einkommenssenkungen bei allerdings verbreiteter Bemessungsgrundlage sowie die Verringerung der Sozialversicherungsbeiträge der Unternehmen von 1,2 Mrd. € – dürfte eine Größenordnung von 1% des BIP erreichen. Im Einzelnen ermäßigt sich die Lohnsteuerbelastung im Ausmaß von ca. 1/2% des BIP, wobei die Bezieher niedriger Einkommen überproportional profitieren; 2001 hatte die Steuersenkung respektive 0,6% und 2000 0,4% betragen. Gleichzeitig wurde für den Staatshaushalt ein Ausgabenanstieg von 4,5% budgetiert. Da mit 2,5% ein unrealistisch hohes Wirtschaftswachstum unterstellt wurde, dürfte statt des erwarteten Überschusses von 1/2% des BIP nur etwa ausgeglichen abgeschlossen werden. Diese Entwicklung ist nicht nur ein Reflex des ungebremsten Spiels der automatischen Stabilisatoren, sondern auch spürbar erhöhter diskretionärer Ausgaben (höhere Transferzahlungen an die Gemeinden, mehr Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sowie für die Krankenversicherung etc.). Der gesamtstaatliche Finanzierungsüberschuss dürfte auf etwa 2% des BIP zurückgehen, nachdem er 2001 noch bei 4% gelegen und 2000 6,9% betragen hatte. Auch sinkt die Staatsverschuldung in Relation

zum BIP (2001: ca. 42%) nicht weiter. Dies hängt teilweise damit zusammen, dass Sozialversicherungseinrichtungen ihre Mittel zunehmend in ausländischen Obligationen statt in heimischen Anleihen anlegen. Da die finanzielle Lage der öffentlichen Hand trotz der zurückliegenden Konjunkturflaute absolut und im Verhältnis zu den meisten anderen westeuropäischen Ländern immer noch sehr komfortabel ist, kann sich die Regierung den expansiven finanzpolitischen Kurs und die damit verbundene Verfehlung der mit der EU vereinbarten Konsolidierungsziele erlauben, ohne einen »blauen Brief« aus Brüssel zu riskieren. 2003 sind zwar neuerliche Einkommenssenkungen zu erwarten, aber mit verbesserter Konjunktur wird auch die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen wieder aufgenommen, und die Finanzpolitik wird weniger expansiv wirken als 2002.

Die **Einkommenspolitik**, getragen von den Sozialpartnern (seit einiger Zeit von der Regierung nur noch indirekt) und seit 1991 bei der Sicherung des Wirtschaftswachstums, der Preisstabilisierung sowie der Konsolidierung von Staatshaushalt und Leistungsbilanz außerordentlich bewährt, wird fortgeführt. Ende 2000 hatten sich die Arbeitgeber und fast alle Gewerkschaften wieder auf ein zweijähriges Lohntarifabkommen (für die Jahre 2001 und 2002) geeinigt. Die Löhne sollten im Durchschnitt einschließlich Wage-drift im Vorjahr um 4% und heuer um 3,5% erhöht werden; der regierungsseitige Part bestand in weiteren Einkommenssenkungen. Die Vorgabe für 2001 dürfte um einen halben Prozentpunkt übertroffen worden sein, während die Preise deutlich stärker als unterstellt gestiegen sind. Heuer leistet die konjunkturelle Entwicklung der Einhaltung des Lohnziels Vorschub. Dies würde die Kaufkraft der Löhne spürbar anheben. Es ist auch für die Jahre 2003 und 2004 mit einem Sozialkontrakt zu rechnen, um das Wirtschaftswachstum auch in den nächsten Jahren stabilitätspolitisch abzusichern. Die Regierung dürfte im Staatshaushalt 2003 erneut eine Senkung der Einkommensteuer vorsehen. Dies nicht nur mit Blick auf die Reichstagswahlen im März 2003, sondern auch aus der Erkenntnis heraus, dass die Steuerbelastung im Allgemeinen und der Arbeitseinkommen im Besonderen im internationalen Vergleich hoch ist. Sie stellt – wie das Finanzministerium unlängst konstatierte – das größte Problem der finnischen Wettbewerbsfähigkeit dar. Die Steuersenkungen sollen ferner, wie schon im laufenden Jahr, dem sich öffnenden Einkommensabstand zwischen besser und schlechter Verdienenden entgegenwirken; soziale Konvergenz und Wohlfahrtstaat haben in Finnland traditionell einen so hohen Stellenwert, dass eine Verletzung desselben schon auf mittlere Sicht schwere Sozialkonflikte provozieren könnte. In den Niederlanden und in Norwegen hat eine derartige Entwicklung bereits zu erheblichen Dissonanzen zwischen den Sozialpartnern geführt. Mit der zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden Ende 2001 getroffenen **Vereinbarung über die Verlängerung der Lebensarbeitszeit** wurde allerdings ein potentieller Stolperstein

auf dem Wege zu einem neuen Sozialkontrakt aus dem Wege geräumt.

Arbeitsmarktpolitisch wird die Regierung diese, für die private Wirtschaft geltende Vereinbarung noch vor den Wahlen 2003 vom Reichstag verabschieden lassen. Entsprechende Regelungen für den öffentlichen Dienst folgen bald. Vorgesehen ist eine flexible Heraufsetzung des durchschnittlichen Pensionsalters von derzeit 59 auf 62 bis 68 Jahre; steigende Rentenzahlungen animieren dazu, den Spielraum möglichst auszuschöpfen. Bereits ab 2005 wird im Mittel mit einem Pensionsalter von 63 Jahren gerechnet. Trotz der mit momentan gut 9¹/₄% immer noch sehr hohen Arbeitslosenquote entschied man sich zu diesem, in die Lebensplanung der Bürger deutlich einschneidenden Schritt, um der demographischen Entwicklung und dem notorischen Facharbeitermangel Rechnung zu tragen. Die beiden in anderen Ländern praktizierten oder erwogenen Alternativen – nennenswerte Zuwanderung und stärkere Geburtenförderung – wurden verworfen.

In die **Energiepolitik** kam mit dem Beschluss der Regierung, nun doch einen fünften Atomreaktor zu bauen und ihn 2010 ans Netz gehen zu lassen, Bewegung. Für die ca. 60% der Energie verbrauchenden Industrie bedeutet das eine wesentliche Maßnahme zur Standortsicherung. Damit wird die Importabhängigkeit bei Elektrizität (vor allem aus Russland), die derzeit etwa 14% des Bedarfs beträgt, längerfristig in Grenzen gehalten. Die Unternehmen sowie ein erheblicher Teil der Gewerkschaften begrüßt diese Entscheidung, welche auch für die energiepolitische Debatte in anderen europäischen Ländern bedeutsam ist.

Wirtschaftsentwicklung im Jahre 2002

Als **weltwirtschaftliche Rahmendaten** werden unterstellt: In den **Vereinigten Staaten** erhöht sich das reale Bruttoinlandsprodukt um 1¹/₂%. Die gesamtwirtschaftliche Erzeugung geht in **Japan** um reichlich 1% zurück. In **Mitteleuropa** nehmen Nachfrage und Produktion um etwa 2¹/₄% zu. In **Westeuropa** wird das reale Bruttoinlandsprodukt um rund 1¹/₂% ausgeweitet; für die EU und den Euro-Raum sind ähnliche Raten zu erwarten, während die Zunahme in Deutschland gut 1¹/₂% beträgt. Der Einfuhrpreis für **Rohöl** liegt in den westlichen Industrieländern im Schnitt des Jahres bei 20 US-Dollar pro Barrel. Die Preise für **Industrierohstoffe** (ohne Öl) sinken gegenüber 2001 um ungefähr 6¹/₂%. Der **Wechselkurs des Euro** bewegt sich im Jahresdurchschnitt innerhalb einer Bandbreite von 0,90 bis 1 US-Dollar. Das Volumen des **Welthandels** expandiert in einer Größenordnung von 2³/₄%.

Auch für die **finnische Wirtschaft** stehen die Signale auf Aufschwung. Von der Wirtschaftspolitik kommen kräftige Im-

pulse, und die Klimaindikatoren haben ihre Tiefpunkte vom Sommer bzw. Herbst 2001 deutlich überwunden. Erhebliche Anstöße gibt die Auslandsnachfrage, zumal der Dollarkurs immer noch günstig bleibt. Allerdings zeichnet sich zumindest für das laufende Jahr kein neuer Boom im IT-Sektor nach dem Muster der Jahre bis 2000 ab. Wie 2001 wird die Inlandsnachfrage stärker zunehmen als das **reale Bruttoinlandsprodukt**, dessen Steigerungsrate bei reichlich 1¹/₂%, also nur knapp über dem westeuropäischen Durchschnitt, liegen dürfte. Der Arbeitsmarkt – Nachläufer der Konjunktur – reagiert erst im späteren Verlauf des Jahres auf die konjunkturelle Besserung. Der Preisauftrieb wird mäßig sein. Der Überschuss der Leistungsbilanz ist bei verbesserten Terms of Trade wiederum beträchtlich.

Die **Ausfuhr** von Gütern und Dienstleistungen gewinnt im Laufe des Jahres sukzessive an Dynamik. Anregend wirkt – vor allem bei der Papier- Zellstoff- und sonstigen Forstindustrie mit einem Beitrag zum Warenexport von ca. 27% – der internationale Lageraufbau. Die IT-Branche, deren Auslandslieferungen die Ausfuhr bis 2000 so stark gepusht hatte und die 2001 wesentlich zum Exporteinbruch beitrug, wird vermutlich nicht wieder als ausgesprochenes Zugpferd brillieren, zumal die Einführung von UMTS schleppend verläuft. Die metallverarbeitende Industrie (Ausfuhranteil etwa 23%), besonders der hochentwickelte Maschinenbau, wird den Auslandsabsatz indes erst wieder mit dem Anspringen der internationalen Investitionskonjunktur, also mit Verzögerung, kräftig ausweiten können. Am lebhaftesten reagiert der Export auf die konjunkturelle Erholung in den USA, wobei der Wechselkurs des US-Dollar für die Exportwirtschaft selbst dann noch günstig ist, wenn er gegenüber dem Euro etwas an Wert verliert. Aber auch die Lieferungen nach Westeuropa (Anteil an den Warenlieferungen gut 60%) gewinnen mit der nun einsetzenden Konjunkturerholung an Tempo. Im Vergleich zu den wichtigsten Handelspartnern werden sich die Lohnstückkosten vermutlich nicht weiter erhöhen. Der Export dürfte um etwa 2% ausgeweitet werden. Wegen des erheblichen Unterhangs zu Jahresbeginn bedeutet das eine kräftige Zunahme etwa ab dem zweiten Quartal. Da die **Einfuhr** nur um rund 2¹/₄% steigt und die Terms of Trade eine leichte Verbesserung erfahren, wird der Überschuss der **Leistungsbilanz** mit reichlich 6¹/₄% des BIP wieder sehr hoch sein.

Die **Bruttoanlageinvestitionen** (ca. + 1¹/₂%) bleiben trotz der günstigen Zinsen zunächst gedrückt, auch weil im gewerblichen Sektor die Inangriffnahme geplanter Investitionen teilweise verschoben wird. Dies erstaunt nicht angesichts der in der verarbeitenden Industrie im vierten Quartal 2001 auf 84,5% und damit spürbar unter den Durchschnitt der neunziger Jahre (86,1%) gesunkenen Kapazitätsauslastung. Mit dem stärkeren Anziehen der Exportnachfrage und der dann erfahrungsgemäß rasch steigenden Auslastung, also erst im Laufe des zweiten Halbjahrs, ist trotz all-

Veränderungsraten des realen BIP und seiner Komponenten

– in % –

	2000	2001 ^{a)} ETLA ^{b)}	2002 ^{a)}			2003 ^{a)}	
			ETLA ^{b)}	EU ^{c)}	OECD ^{d)}	EU ^{c)}	OECD ^{d)}
Bruttoinlandsprodukt	5,7	0,7	1,9	1,7	1,2	2,9	3,4
Inlandsnachfrage	3,3	1,4	n.a.	2,0	1,3	2,0	2,2
Privater Verbrauch	3,0	2,0	2,5	1,9	2,1	1,9	2,5
Staatsverbrauch	0,7	1,5	1,0	1,6	1,3	1,1	1,3
Bruttoanlageinvestitionen	5,5	3,0	2,6	0,5	-1,3	2,9	2,6
Exporte ^{e)}	18,1	-3,2	2,2	2,2	1,0	5,6	6,4
Importe ^{e)}	15,7	-2,9	2,5	3,0	1,3	4,4	4,2
Industrieproduktion (ohne Bau)	10,6	-1,0	2,5	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.
Konsumentenpreise (HVPI)	3,0	2,7	1,4	2,0	1,7	2,2	1,9
Arbeitslosenquote	9,8	9,1	9,4	9,4	9,6	9,3	9,6
Leistungsbilanz (Saldo) ^{f)}	7,3	6,7	6,1	6,2	5,9	6,6	6,5
Finanzierungssaldo des Staates ^{g)}	6,9	4,7	2,9	2,9	1,9	2,3	2,1

^{a)} Schätzungen. – ^{b)} Forschungsinstitut der Finnischen Wirtschaft, Helsinki, vom Dezember 2001. – ^{c)} Kommission der EU, Brüssel, vom November 2001. – ^{d)} Organisation for Economic Cooperation and Development, Paris, vom November 2001. – ^{e)} Güter und Dienstleistungen. – ^{f)} In % des Bruttoinlandsprodukts (BIP).

mählich anziehender Langfristzinsen mit dem Beginn des Aufschwungs bei den Ausrüstungsinvestitionen zu rechnen. Gestützt wird die Investitionsneigung durch die im Allgemeinen auch jetzt noch befriedigende Ertragslage der Unternehmen. Im gewerblichen Bau ist nach Jahren starker Zunahme ein kräftiges Minus abzusehen. Ein, wenn auch weniger ausgeprägter Rückgang zeichnet sich beim Wohnungsneubau ab, mitbedingt durch die verschlechterte Arbeitsmarktlage. Demgegenüber dürfte die öffentliche Hand ihre Bauinvestitionen ausweiten.

Der **private Konsum** dürfte um reichlich 2% und damit im Verlauf beschleunigt expandieren. Zwar wirken die verschlechterte Lage auf dem Arbeitsmarkt und die auch im Zusammenhang damit zumindest stagnierende Sparquote retardierend. Aber die Reallöhne erhöhen sich deutlich, und die Einkommensteuern wurden gesenkt. Letzteres gilt besonders für die Bezieher niedriger Einkommen und wirkt bei deren relativ hoher marginaler Konsumquote besonders stimulierend. Auch verbessert sich das Konsumklima mit dem günstigeren konjunkturellen Umfeld. Der Absatz langlebiger Güter erholt sich nur langsam, auch weil der Neubau von Wohnungen erst schleppend aus der Flaute herausfindet. Der **Staatsverbrauch** wird im Zuge der antizyklischen Finanzpolitik um etwa 2% ausgeweitet.

Auf dem **Arbeitsmarkt** setzt sich die Verschlechterung der Lage zunächst fort. Mit der üblichen Verzögerung auf die zurückliegende konjunkturelle Schwäche geht die Beschäftigung noch etwas zurück, und die Arbeitslosigkeit steigt. Gleichzeitig bleiben jedoch Fachkräfte gesucht, allerdings ganz überwiegend im Süden des Landes. Auch verstärkt sich die ausgeprägte Differenzierung des Arbeitsmarktes zwischen Nord und Süd, zwischen städtischen Agglomerationen und agrarisch geprägten Gegenden. Erst im späteren Verlauf des zweiten Halbjahrs beginnt sich die Beschäftigungssituation

wieder zu bessern. Die Arbeitslosenquote dürfte im Jahresdurchschnitt auf etwa 9³/₄% steigen.

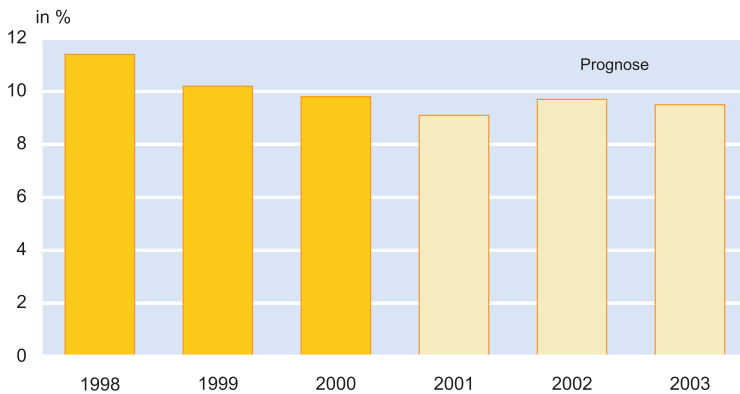
Der Preisauftrieb wird moderat sein. Hierauf deuten die Entwicklung der Großhandelspreise, der Lohnstückkosten sowie die nur allmähliche Beschleunigung des Wirtschaftswachstums hin. Zudem ist der HVPI neu gewichtet und um Schlussverkaufspreise ergänzt worden, was einen geringeren Preisanstieg ergibt. Die **Konsumentenpreise** erhöhen sich im Jahresdurchschnitt um reichlich 1¹/₂%.

Wirtschaftsentwicklung im Jahr 2003

Als **weltwirtschaftliche Rahmendaten** werden angenommen: In den **Vereinigten Staaten** expandiert das reale Bruttoinlandsprodukt um rund 3¹/₂%. Nachfrage und Produktion nehmen in **Japan** um etwa 1¹/₂% zu. In **Mitteuropa** steigt die gesamtwirtschaftliche Erzeugung um ungefähr 3¹/₂%. In **Westeuropa**, in der EU und im Euro-Raum erhöht sich das reale Bruttoinlandsprodukt um ca. 2³/₄%; in Deutschland beträgt die Zunahme annähernd 2¹/₂%. Der Importpreis für **Rohöl** liegt in den westlichen Industrieländern bei 22 US-Dollar pro Barrel. **Industrierohstoffe** (ohne Öl) kosten etwa 7% mehr als 2002. Der **Wechselkurs des Euro** liegt im Durchschnitt des Jahres innerhalb einer Bandbreite von 0,95 bis 1,05 US-Dollar. Das Volumen des **Welt Handels** dürfte in einer Größenordnung von 8% ausgeweitet werden.

In **Finnland**, wie im übrigen Westeuropa, setzt sich der Aufschwung zunächst beschleunigt fort. Er wird hauptsächlich vom stark zunehmenden Export getragen. Auch die Inlandsnachfrage legt zu. Anfangs kommen noch Impulse von der Geldpolitik, doch werden nun auch die kurzfristigen Zinsen stärker aufwärts tendieren. Die Finanzpolitik stimuliert

Arbeitslosenquote



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

nicht mehr so ausgeprägt wie 2002. Das **reale Bruttoinlandsprodukt** dürfte um ungefähr 3% expandieren. Bei zunehmender Auslastung der Kapazitäten wird die Produktionsausweitung in steigendem Maße durch Fachkräftemangel behindert. Die Preise erhöhen sich bei deutlich wachsender gesamtwirtschaftlicher Produktivität nur wenig rascher als 2002, obwohl von der Importseite keine stabilisierenden Einflüsse mehr kommen. Der Staatshaushalt und die Leistungsbilanz weisen steigende Überschüsse auf.

Die **Ausfuhr** von Gütern und Dienstleistungen dürfte sich um etwa 7 1/2% erhöhen, obwohl sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit bei leicht fallendem Wechselkurs des US-Dollar insgesamt nicht verbessert. Die Steigerung basiert in erster Linie auf der lebhaft zunehmenden westeuropäischen Nachfrage, aber auch auf Lieferungen nach Übersee sowie nach Mittel- und Osteuropa (hierhin gehen mit ca. 12 1/2% der Warenausfuhr deutlich mehr als im westeuropäischen Durchschnitt). Die starken Anstöße vom internationalen Vorratsaufbau laufen zwar aus, aber der IT-Sektor dürfte weltweit erheblich an Dynamik gewinnen, was der auf einigen Gebieten führenden finnische Industrie starke Impulse gibt. Der internationale Investitionsaufschwung begünstigt die Lieferungen von Maschinen und Anlagen. Und die Papier- und Zellstoffindustrie profitiert wie üblich vom weltwirtschaftlichen Aufschwung. Der **Import** wird nur wenig langsamer als der Export ausgeweitet, und die Terms of Trade verbessern sich etwas. Die **Leistungsbilanz** dürfte ein in Relation zum BIP gegenüber 2002 leicht erhöhtes Aktivum ausweisen.

Die **Bruttoanlageinvestitionen** (ca. + 3 3/4%) gewinnen deutlich an Schwung, obwohl die Zinsen weiter steigen dürften. Das gilt vor allem für die Ausrüstungsinvestitionen. Anregend wirken die günstigeren Absatz- und Ertragsaussichten, die steigende Auslastung der Kapazitäten, das Bestreben die erhöhte Lohnkostenbelastung durch Rationalisierungsmaßnahmen möglichst auszugleichen sowie der Wille tech-

nische Spitzenpositionen zu halten. Auch werden die im Jahre 2001 aufgeschobenen Investitionen nachgeholt. Die Baukonjunktur erholt sich ebenfalls, wenn auch verhalten. Der Wohnungsneubau wird nach der tiefen Rezession 2001/2002 auch infolge des verbesserten konjunkturellen Umfeldes wieder etwas ausgeweitet und in Renovierungen des Bestands dürfte sogar kräftig investiert werden. Auch die öffentlichen Bauinvestitionen expandieren. Demgegenüber durchschreitet der gewerbliche Bau erst die Talsohle und weist gegenüber 2002 ein Minus aus.

Der **private Konsum** erhöht sich um etwa 2 1/4% und damit nicht wesentlich schneller als im Jahr zuvor. Zwar steigt die Beschäftigung leicht, und die Sparquote dürfte etwas sinken. Aber die Reallöhne erhöhen sich langsamer als im Vorjahr, und die Einkommensteuersenkung (wiederum mit Schwergewicht bei den Beziehern niedriger Einkommen) wird wohl nicht so großzügig ausfallen wie 2002. Der Absatz langlebiger Güter nimmt beschleunigt zu, auch weil der Wohnungsbau wieder Tritt fasst. Der **Staatsverbrauch** nimmt mit 1 1/2% etwas langsamer zu als 2002.

Auf dem **Arbeitsmarkt** bessert sich die Lage allmählich. Die Beschäftigung nimmt um etwa 1/2% zu, und die Arbeitslosigkeit sinkt langsam wieder. Die Arbeitslosenquote dürfte im Jahresdurchschnitt auf rund 9 1/2% zurückgehen, begleitet von zunehmendem Mangel an qualifizierten Kräften in den Agglomerationen im südlichen Landesteil. Verschiedentlich kann im Raum Helsinki auch der Bedarf an weniger qualifizierten Kräften nur mit Mühe gedeckt werden. An der sehr hohen strukturellen Arbeitslosigkeit vor allem im Norden und in den landwirtschaftlich geprägten Gebieten ändert sich indes nichts.

Der Preisanstieg beschleunigt sich nur leicht und bleibt moderat, obwohl die Importpreise etwas anziehen. Aber die gesamtwirtschaftliche Produktivität erhöht sich deutlich, und der Wettbewerb bleibt lebhaft. Mit nennenswerten Anhebungen indirekter Steuern und Abgaben ist im Hinblick auf die Parlamentswahlen im Frühjahr nicht zu rechnen. Die **Konsumumentenpreise** dürften das Niveau von 2002 um reichlich 1 3/4% übersteigen.

Abgeschlossen am 27. Februar 2002